

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tagig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribune“, „Die Kommunistin“, „Der Jungvorkrieg“, „Die Rote Sigel“.

Enthalt die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Nieder-Hermsdorf, Seitzendorf, Neu-Galzbrau, Wehstein.

Anzeigenpreis: Die 10 mm hohe Millimeterzeile ab deren Raum 10 Goldspennig. Stellen- und Wohnungsangebote, Familienangelegenheiten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldspennig. — Reflektoren: Die Millimeterzeile 3 Goldspennig oder deren Raum im Text 50 Goldspennig.

Freitag, 29. August 1924

Bezugspreis: Bei wochentlich 8 maligem Erscheinen monatlich 2,25 Mk., wochentlich 20 Pf. Einzelne durch Straenb. u. Abgabe 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Kreuzberger Straße 60. — Postfachkonto Breslau Nr. 810 59 — Fernsprecher: Breslau, Ring 8887.

Die Stimme des Proletariats im Reichstag: Nieder mit dem Versklavungspakt — Her mit der Sozialisierung!

(Staats-Drahtbericht)

Berlin, 28. August 1924.

Im Reichstag herrschte heute, nach den gestrigen scharfen Auseinandersetzungen der „blauen Montag“, die Regierungstische waren leer.

Der deutschnationalen Abgeordnete Quack dreht und windet sich in seiner Rede, um die Entscheidung Annahme oder Ablehnung. Die ubrigen Parteien drehen und schleichen mit und so wurde erreicht, das die entscheidende Abstimmung um einen Tag hinausgeschoben wurde.

In klammernder Rede schilderte unser Genosse Thalman die Folgen des Dawesplanes und geistliche die heuchlerische Haltung aller Parteien. Er forderte sofortige, schleunigste Auflosung des Reichstages und gab im Namen der kommunistischen Fraktion folgende

Erklärung

Die kommunistische Reichstagsfraktion erklärt im Namen der 3 700 000 Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleinbauern, die hinter ihr stehen, das sie kmtliche auf dem Sachverständigengutachten beruhenden Gesetze ablehnt. Die kommunistische Partei macht das In- und Ausland darauf aufmerksam, das die Abstimmung des Reichstages die KPD nicht bindet. Keine Regierung und kein Reichstag ist berechtigt, die werktätigen Massen Deutschlands an das internationale Kapital zu verkaufen.

Die KPD macht das In- und Ausland darauf aufmerksam, das sie falls sie irgendwie die Verantwortung für die Geschehnisse Deutschlands übernehmen würde, die Dawes-Gesetze für null und nichtig ansehen und kümmerlich sich daraus ergebende Gesetze anerkennen und keinen Pfennig bezahlen wird.

Das Sachverständigengutachten ist ein Manöver des internationalen Kapitals, um die inneren Gegensätze zwischen den einzelnen nationalen Kapitalgruppen auf Kosten der werktätigen Massen Deutschlands zu überbrücken. Das Bankgesetz unterstellt das deutsche Finanzwesen dem Diktat der Pariser Börse. Das Eisenbahngesetz bedeutet eine ungeheure Verschlechterung der Lebenslage der 700 000 deutschen Eisenbahner unter der Herrschaft des gleichen Finanzkapitals. Das Gesetz über die Industriebelastung macht die auswärtigen Kapitalisten zu Besitzern der deutschen Wirtschaft, wobei die deutschen Unternehmen verdrängt werden, den verlorenen Profiteil durch

verstärkte Ausbeutung der Arbeiter und Konsumenten wieder einzubringen. Das Londoner Protokoll gibt den Enterte-kommissaren völlig Gewalt über die deutschen Steuertrgnisse. Es ermöglicht durch das famose Transfersystem eine riesenhafte Ueberfremdung der deutschen Wirtschaft.

Der Verkauf Deutschlands an das internationale Kapital erfolgt ohne jede Sicherung der Ruherntung

bei völliger Aufrechterhaltung des französischen Sanktions-systemes, unter der Vorpiegung der 800 Millionen Anleihe, die bestenfalls für die Zwecke der Wahrung und der Sachlieferung verbraucht wird, ohne den werktätigen Massen Deutschlands irgendwelche Erleichterungen zu verschaffen.

Das Londoner Protokoll bringt die Annette für das bezahlte Separatistengesindel, während die deutsche Regierung Tausende von Arbeitern, die für ihre ehrliche Ueberzeugung kämpften, weiter in Gefängnis und Zuchthaus hält.

Die Verantwortung für diese unerhörte Knebelung und Ausplünderung der werktätigen Bevolkerung Deutschlands, die an das Schicksal der Koloniallnder erinnert, tragen die Parteien des Großkapitals, vor allem auch die Sozialdemokratie.

Die KPD hat immer wieder den Weg gezeigt, der aus dem Elend herausführen kann:

Sturz der deutschen Kapitalistenregierung!

Uebernahme der Macht durch die Werktätigen! Sozialisierung!

Bündnis mit Sowjetrußland!

Entfesselung aller Kräfte in den Entwrtlndern, die für Frieden und proletarische Solidarität eintreten!

Die KPD weiß, das die erdrndende Mehrheit der werktätigen Bevolkerung diesen ihren Standpunkt teilt. Ganz besonders das Proletariat des Rhein- und Ruhrlandes, das am besten weiß, was die Knechtung durch das internationale Kapital bedeutet, wird sich einmutig dagegen auflehnen, das es an Morgan und seine Helfershelfer übergeben werden soll.

Die KPD appelliert von diesem Reichstag, der nur das Zerkb einer Volkspartei darstellt, an die werktätigen Massen draußen im Lande. Die KP fordert sämtliche Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinbauern, Intellektuelle und Handwerker auf, sich mit aller Kraft der Durchführung der Versklavungsehe zu widersetzen.

Das Sozialisierungsgehe der Kommunisten.

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte zum Sozialisierungsgehe folgende Begründung ein:

I.

Der kapitalistische Krieg, der Raubvertrag von Versailles, die Inflationspolitik und der Ruhrkrieg haben das kapitalistische Wirtschaftssystem Deutschlands in eine so tiefe Krise gestürzt, das das deutsche Wirtschaftsleben — völlig zerrüttet und geschwächt, das es sich selbständig nicht mehr aufrechterhalten kann — endgültig zusammenbricht. Produktionseinschränkungen, Betriebsstillegungen, dauernde Massenarbeitslosigkeit, preistreibende Drosselungssteuern, Verelendung und Verarmung des Mittelstandes und der dauernde Ruin der Kleinbauernschaft beweisen täglich die Unmöglichkeit, das deutsche Wirtschaftsleben noch auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise vllstndig aufrechtzuerhalten. Das kapitalistische System, das auf der Ausbeutung der Besitzlosen durch die Besitzer der Produktionsmittel beruht, das als einzigen Antrieb das Streben nach persönlicher Bereicherung, nach Steigerung des Ausbeuterprofites hat, ist nicht mehr imstande, die gewaltigen Produktivkräfte des deutschen Volkes zu entfalten und zu entwickeln. Es ist zu einem Hemmnis der Entwicklung, zu einem reaktionären Wirtschaftssystem geworden. Der Kapitalismus ist in Deutschland nicht einmal mehr imstande, seinen Lohnsklaven, auf deren Ausbeutung seine Existenz beruht, das nackte Leben zu erhalten. Mit der Massenarbeitslosigkeit steigt das Massensterben, die Geburtenziffer sinkt rapid, die Auswanderung ist die letzte Hoffung ungezhelter deutscher Arbeitskräfte.

II.

Angesichts dieses Bankrotts und in der Erkenntnis seiner Unfähigkeit, sich als selbständige Kraft im internationalen Wirtschaftsleben behaupten zu können, zerklüftet der Kapitalismus in Deutschland jetzt mit der Ausnahme des Gutachters der Dawes und Konsortien die Existenz des deutschen Volkes als einer selbständigen Nation. Aus diesem Verfall der deutschen Wirtschaft, der deutschen Arbeitskraft, der deutschen Nation wollen sich die deutschen Kapitalmagnaten, die Beherrscher der großen Wirtschaftskongerne retten, indem sie, die Nutznießer des Krieges, die Nutznießer der Reparationsleistungen, die Nutznießer der Inflation und die Nutznießer des Ruhrabenteuers, versuchen, ihren Pakt mit dem auswärtigen Großkapital zu schließen. Das sogenannte Sachverständigengutachten bietet ihnen dazu die Grundlage.

III.

Der Sachverstndigenbericht ist ein kapitalistisches Gutachten, erstattet von Großkapitalisten im Interesse des Großkapitals. Agenten des Großkapitals können nicht sachverständig sein für die Interessen der breiten Massen der Besitzlosen und des Mittelstandes. Sie sind nur sachverständig für deren Ausplünderung. Ihr Gutachten legt brutal und offen die gesamten Kosten der Reparationen für den verlorenen imperialistischen Krieg und für die Verständigung der deutschen Kapitalkongerne mit dem auswärtigen Großkapital reiflos den Besitzlosen auf die bereits bis zum Zusammenbrechen belasteten Schultern. Das deutsche Proletariat steht der kapitalistischen Sachkunde der auswärtigen Gutachter eine eigene, in kämpferischen Kämpfen, in Elend und Not erworbene Sachkunde entgegen. Das deutsche Proletariat zählt nicht zu wenig Verbrauchssteuern, wie Dawes und Konsortien behaupten, es zählt seit Jahrzehnten unerhört hohe, ausbeuterische Steuern auf alle Verbrauchsartikeln. Nicht deren Erhöhung, sondern deren Aufhebung ist für die deutsche Wirtschaft, die deutsche Arbeiter-schaft notwendig. Die Arbeitslosen in Deutschland erhalten nicht zu viel, sondern viel zu wenig Unterzhrung, so das sie mit ihren Familien dem Verberben ausgesetzt sind. Ihr Massenabwandern nach dem Friedhof schwillt seit Monaten unheimlich an. Die Preise der wichtigsten Bedarfsartikeln und des Verkehrs sind in Deutschland nicht zu niedrig, sondern unermesslich hoch, so das die dauernd herabgedrckten Löhne nicht mehr zum Notwendigsten ausreichen und schon wieder zu Hungerlöhnen geworden sind, wie in den kümmerlichen Tagen der Inflationzeit. Dieser inofe Zustand wird durch die Steuern, die die Sachverständigen fordern, noch weiter verschlimmert.

Weißer Justizterror in Deutschland und Polen.

Am Dienstag verhandelte der 5. Strafenrat des Reichsgerichtes gegen den Genossen Erich Hausen aus Cottbus. Hausen sitzt bereits seit 8 Monaten in Untersuchungshaft.

Bei einer Hausdurchsuchung wurde beim Genossen Moos eine Mappe mit Flugblättern gefunden, die der Genosse Hausen als politischer Sekretär verfaßt hatte.

Darum bekam er ein Hochverratsverfahren angehängt.

Das Gericht betrachtete den Fall erschwerend, da in diesem Rundschreiben die Einheitsfront mit der linken SPD gefordert wurde.

Das Reichsgericht verurteilte den Genossen Hausen zu 3 Jahren Gefängnis und 5000 Mk. Geldstrafe.

Ein brutales Urteil der Nachjustiz.

Zu gleicher Zeit wurde ein Teilnehmer am Kstner Monarchienputsch im Zimmer 3 des Reichswehrministeriums mit einem Rckfahrtschein ausgestattet.

Massenelbstmorde der politischen Gefangenen in Polen.

Wie „Bosta“ meldet, sind die Foltermethoden, welche an politischen Gefangenen in den polnischen Gefängnissen ausubt werden, derart barbarisch, das viele Gefangene in ihrer Verzweiflung Selbstmord begehen. Die Zeitung „Robotnik“ erzählt mit das in dem Warschauer Gefängnis „Lamajki“ ein 5 Jahre alter Gefangener einen Selbstmordversuch unternommen hat. Er hatte sich mit einem Glasplitter die Pulsader zerschnitten. Ein 19jhriger Jugendgenosse versuchte sich in dem Warschauer Zentralgefngnis durch Karbolsäure zu vergiften. Die internationale Arbeiter-schaft muß klammernden Protest gegen die Nachjustiz in Polen erheben.

Geberings Lieblinge.

In Sachsenhausen (Frankfurt a. M.) uberfielen 9 Polizeianwrtler unter Führung des Polizeioberleutnants und Lehrers an der Polizeischule in Hannover-Winden, Fort, einen Schlchter, mißhandelten ihn und ließen ihn besinnungslos liegen. Als Passanten nahen, ergriffen die Strolche die Flucht. Die Polizeianwrtler uberfielen dann ihre eigenen Kollegen, andere Polizeibeamte, die von ihnen ebenfalls kämpfer mißhandelt wurden. Erst mit Hilfe einer großen Menschenmenge konnten die Polizeianwrtler net ihrem Polizeioberleutnant zur Wache gebracht werden, wo sie noch weiter wie die Widben herum tobten.

Die sozialdemokratische „Frankfurter Volksstimme“ bemerkt dazu, das das Prestige der Polizei es erfordere, das solche Szenen sich nicht wiederholen dürfen.

Wir wundern uns über diese Rowdies, die ihre eigenen Kollegen uberfallen und losprngen, wenn sie keine Gelegenheit haben Arbeiter niederzuschlagen, nicht.

Die Krise in Polen.

In Polen liegen die Verhältnisse ganz ähnlich wie in Deutschland: auch hier eine scharf ausgesprochene Krise, die aus demselben Grunde herrührt, wie in Deutschland aus der Kon-tinenzunfhigkeit der polnischen Industrie. In Kongresspolen sind sämtliche Hochofen seit dem 1. August gelöscht. Kein einziger Hochofen ist mehr in Betrieb. Gleichzeitig stehen fast alle Eisen-erzgruben still. Die Zinkergruben haben den Betrieb ansehnlich eingeschränkt. Fast alle Kalk- und Dolomitengruben stehen still. In Polnisch-Oberschlesien sind gleichfalls eine Reihe von Hochofen und Martinsofen stillgelegt; der andere Teil arbeitet sehr verelend. Die polnisch-oberschlesischen Walzwerke haben einige Staatsaufträge. Sie sind jedoch nur sehr verelend beschäftigt.

Der großkapitalistische Charakter des Gutachtens tritt klar in Erscheinung durch die dritte Forderung, daß dem internationalen Großkapital deutsches Nationaleigentum und deutscher Kapitalbeitz ausgeliefert werden soll. Der Vantort des kapitalistischen Systems in Deutschland als eines selbständigen Wirtschaftsfaktors, als Träger eines selbständigen nationalen Gebildes wird beizugel durch die internationale Bankkontrolle die Herrschaft der Generalagenten, der Kommissare des Entente-Kapitals. Das deutsche Proletariat, gequält durch eine langjährige sozialistische Erziehung und belehrt durch die Erfahrungen des russischen Proletariats, hält sich für hochverständig genug, um statt der internationalen Auslieferung der Eisenbahnen die Sozialisierung des Verkehrswesens, statt der internationalen Bankkontrolle die Nationalisierung der deutschen Banken, statt der Auslieferung der Industrieanteile an das internationale Kapital die Sozialisierung der deutschen Industrie und statt der ausländischen kapitalistischen Kommissionenkontrolle die deutsche Arbeiterkontrolle über Wirtschaft und Verwaltung durchzusetzen. Diese Schritte, gestützt von der Sachkunde der deutschen Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleinbauern, getragen und durchgeführt durch die politische Macht der Werktätigen, wird die deutsche Wirtschaft wieder aufrichten und die deutsche Nation retten.

V.

Der Gegenwurf schlägt die halb des sofortige Sozialisierung der Industrie, der Verkehrsmittel, des Handels, des Wohnungswesens, der Landwirtschaft, sowie die Sozialisierung des gesamten Grund und Bodens und der Banken vor. Nur Unternehmungen, die keinen kapitalistischen Profit erzielen, keine fremde Arbeitskraft ausbeuten, sondern mit den Lebensunterhalt ihrer Eigentümer und ihrer Familie bestreiten (Kleingewerbetreibende, Kleinbauern usw.), werden von der Sozialisierung nicht betroffen. Die Genossenschaften werden ausgebaut und als wichtigste Wirtschaftsorgane in die zu errichtende sozialistische Bedarfswirtschaft eingegliedert. Die Organe der Sozialisierung sind die Betriebsräte (Beamten-, Kleinbauern- und Gutsräte). Die werktätigen Massen werden sich in den Räten Organen schaffen, die das Rückgrat der sozialistischen Verwaltung bilden und die proletarischen Interessen mit aller Kraft gegen alle hemmenden Elemente durchsetzen. Ziel der sozialistischen Bedarfswirtschaft ist es, nach der Sicherung der proletarischen Macht durch eine Regelung der Wirtschaft nach dem Bedarf, durch eine Hebung und Steigerung der Produktion, eine Besserung der Lebenslage und der Kultur für die breitesten Volksmassen zu erreichen.

VI.

Das staatliche Außenhandelsmonopol ist die notwendige Ergänzung der Regelung der Produktion und des Innenhandels. Das Außenhandelsmonopol soll den Warenverkehr mit dem Auslande volkswirtschaftlich nützlich regeln, alle Verschleudungen von Rohmaterial und Waren ins Ausland verhindern, überflüssige Einfuhr unterbinden und der proletarischen Macht ein wirksames Mittel gegen die Angriffe kapitalistischer Interessen in die Hand geben.

VII.

Die Sozialisierung in Deutschland muß gesichert werden durch das engste Bündnis mit dem einzigen proletarischen Staat, der russischen Sowjetunion, und durch den Appell an die Arbeiter und Bauern aller Länder, jeden Angriff auf ein proletarisches Deutschland zu verhindern. Nur auf diesem Wege wird mit der Sozialisierung auch die Erledigung der Reparationsfrage ermöglicht. Sie zeigt keinen auf Kosten des Proletariats zu beschreitenden bequemeren Ausweg für die Entente-Länder, wie das Sachverständigengutachten. Aber die Sozialisierung Deutschlands wird bei den Arbeitern und Bauern der Entente-Länder einen revolutionären Widerhall finden. Sie werden nicht zulassen, daß ein proletarischer Staat wegen Reparationsleistungen an das internationale Großkapital militärisch vergeblich wird. Getragen von dem Vertrauen der eigenen Volksmassen, gestützt auf die proletarischen Sympathien in den Nachbarländern und im Bunde der erstarrten russischen Sowjetunion wird eine proletarische Weltmacht in Deutschland nach Durchführung der Sozialisierung aller Schwierigkeiten Herr werden, in dem festen Willen, alle Laiten nicht wie es das großkapitalistische Sachverständigengutachten vertritt, betont, auf die Schuttern des Proletariats und des Mittelstandes zu lauern, sondern dem enteigneten Vermögen und Profitten der Großbourgeoisie zu entnehmen.

VIII.

Die Antragsteller sind sich bewußt, daß keine kapitalistisch-demokratische Regierung die Sozialisierung durchführen wird. Die Sozialisierung erfordert eine grundlegende Umgestaltung der politischen Staatsorganisation in der Richtung, daß den politischen Organen der werktätigen Bevölkerung (Arbeiterräte) die Leitung, Durchführung und Kontrolle der staatlichen Erziehung, Gesetzgebung und Verwaltung zufällt. Eine solche Herrschaft der werktätigen Deutschlands liegt aber vorans, daß die arbeitenden Volksmassen — Arbeiter, Angestellte, Beamte und Kleinbauern — im Interesse ihrer Selbsthaltung, im Interesse der nationalen Erziehung Deutschlands und im Interesse des wirtschaftlichen Aufstieges des völkischen, wirtschaftlich und militärisch mächtigen und der jetzigen imperialistischen Staatsorganisations zu bestimmen und die sozialistische an ihre Stelle zu setzen. Zudem die arbeitenden Volksmassen sich die sozialistische Republik erkämpfen, retten sie ihr eigenes Leben, die Erben des deutschen Volkes.

Genosse!
Hast Du schon Deine Kollegen
über den Räubervertrag
aufgeklärt?

Das internationale Proletariat gegen den Londoner Pakt.

In England wächst die Protestbewegung der Arbeiterklasse gegen den von der MacDonald-Regierung unterschriebenen Dawes-Plan. Eine große Anzahl von Gewerkschaftsvertretern nebst lokalen Organisationen der Labour-Party wenden sich aufs schärfste gegen den internationalen Versammlungspakt. Das Gewerkschaftsvertreter von London bezeichnet in einer Resolution den Dawesplan als ein Verbrechen an der Arbeiterklasse. Verlangt wird von der englischen Arbeiterregierung die Einberufung einer internationalen Konferenz, in der auch Sowjet-Rußland teilnehmen soll. Die Konferenz soll den Versämler und Londoner Vertrag liquidieren und mit der Politik der Reparationen Schluss machen.

Neben vielen anderen Organisationen haben folgende Körperschaften sich gegen „das Verbrechen an der Arbeiterklasse, den Sklavenplan“ gewandt:
Zentralvorstand des vereinigten Holzarbeiter-Verbands,
Die Hüttenarbeiter von Birmingham,
Die Gewerkschaftsvertreter von London,
St. Helen, Dundee, Bechen u. a.,
Die Labour-Party-Organisationen von Erford, Claxford, Grenden, Edinburgh, Manchester und viele andere.

Die englischen Arbeiter fragen in ihrer Gemeinsamkeit immer mehr an zu begreifen, welche Folgen die Durchführung des Sachverständigengutachtens nicht nur für die deutschen Arbeiter, sondern auch für das internationale Proletariat hat.

Die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter sollten durch das Vorgehen ihrer Parteigenossen in England endlich auch einmal über den Sinn des Dawesplanes nachdenken. Sie würden dann ebenfalls diesen Plan als den Ausbeutungsvertrag der Kapitalisten über das internationale Proletariat erkennen und den schärfsten Kampf gegen ihn führen.

Die englischen Handelsarbeiter gegen den Dawesplan.

Auf einer Konferenz führte der Generalsekretär der englischen Handelsarbeiter-Gewerkschaft aus, daß der Dawesplan Mehrarbeit und Hungerlöhne für die deutschen Arbeiter bedeute. Sehr bald aber würden auch die britischen Arbeiter von den Auswirkungen des Dawesplanes, Massenarbeitslosigkeit und Abbau des Wohlfühlstandes getroffen werden. Wenn die englische Arbeiterbewegung nicht sofort auf dem Posten sei, würden die Löhne der englischen Arbeiter ungeheuer gesenkt, ihre Arbeitszeit vermehrt, die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden. Die

Moskau oder London.

Schlussrede der Genossin Ruth Fischer im Reichstag.

Die kommunistische Partei macht ihre Stellung zum Londoner Abkommen weder von der einen noch von der anderen Vorstellung abhängig. Wir haben nichts gemein mit der Opposition der Sozialdemokraten und der Bolschewiken. Unsere grundsätzliche Stellung zum Londoner Abkommen entspricht unserer grundsätzlichen Stellung zur Frage des Klassenkampfes, des Kampfes gegen den Kapitalismus. Das was heute der Arbeiterklasse vorliegen ist das, was wir seit sechs Jahren vorschlagen. Wir werden diese unsere Fahne ungehindert von allen Angriffen vorwärts tragen. Für die deutsche Arbeiterklasse gibt es keinen anderen Weg als zu verstehen, daß kein Unterdrücken unter den westlichen Kapitalismus, sondern nur das

Bündnis mit Rußland

die machtpolitische Sphäre schafft, welche ihr die Möglichkeit zur Befreiung gibt.

Nur das Bündnis mit Rußland, nur die gemeinsame Arbeit mit der russischen Arbeiter- und Bauernschaft ist der außenpolitische Weg.

Bereitschen Sie den zu gleicher Zeit abgeschlossenen englisch-russischen Vertrag mit dem Londoner Abkommen. Die englischen Kapitalisten befinden sich im Bereich des russischen Außenhandelsmonopols. Die russische Arbeiterregierung hat ihre Irresponsibilität zu erfassen bedürftig im Gegensatz zu Ihnen, die Bank und Eisenbahn verstaatlichen und verkaufen müssen. Die russische Arbeiterregierung hat einen Kredit in Aussicht, ohne dafür die Schulden der englischen Gläubiger zu bezahlen, während Sie in jedem Moment abstrahlen können an die französischen Kapitalisten. Allerdings hat die russische Regierung im Lande MacDonald einen mächtigen Feind, der Sie nicht haben, das englische Proletariat, und weiter das französische Proletariat.

Die Duldung, die Fragestellung

Moskau oder London?

gibt den Ratmen, um dem Londoner Plan den Rettungsplan der Kommunisten entgegenzusetzen. Wir werden dem deutschen Proletariat nicht hoch negativ erklären, daß es den Dawesplan laut dem Londoner Protokoll ablehnen muß, sondern werden dem Proletariat einen Sinn des Vertrages der Banken an die Spitze — Nationalisierung der Banken! Staatsschulden — Abschaffung der Einkommensteuer! — Einleitung der Sozialisierung der deutschen Industrie! — Einleitung der Sozialisierung der deutschen Industrie! — Einleitung der Sozialisierung der deutschen Industrie! — Einleitung der Sozialisierung der deutschen Industrie!

Das ist das Sachverständigen-Gutachten, das die wahren Sachverhalte zeigt, die Arbeiter, über den Zustand der deutschen Wirtschaft gestellt haben.

Wenn wir als kommunistische Partei diesen Sozialisierungsplan, dieses proletarische Rettungsprogramm der deutschen Arbeiterklasse vorlegen, dann werden wir auch fertig werden mit der Demagogie von „kommunistischer-Deutsch-nationaler Koalition“, fertig werden mit allen Schwindelmannern der SPD.

Im Moment der Benützung des Londoner Protokoll beginnt zugleich die neue kapitalistische Krise. Im Moment der herberischen Friedensrede beginnt zugleich die neue Welle der Unruhe in der Arbeiterklasse. Die Forderung der Umwälzung und Zerschlagung der Arbeiterklasse werden durch die eheeren Taten nicht erreicht werden. Wir Kommunisten werden im Kampfe um die Gewinnung des Proletariats und um die Macht des Kampfes gegen das Kapital führen, die allen Druck auf die Arbeitermassen legen.

Der Reichstag wird diese Woche nach Hause gehen — so oder so. Das Londoner Protokoll wird angenommen werden — so oder so. Die parlamentarischen Reden des Herrn Hertig werden sich lösen — so oder so — und die Zukunft wird heißen: Bürgerkrieg mit Hilfe der Sozialdemokratie.

Es wird dem Proletariat noch einmal klärer und klarer die Notwendigkeit in Deutschland zeigen. Er wird dem Proletariat noch einmal die imperialistische Krise deutlich machen und daß Proletariat wird erkennen an dem Londoner Protokoll.

Rechtung bringt nicht London —
Rechtung bringt Moskau!

englischen Arbeiter müssen deshalb gegen den Dawesplan mit aller Kraft kämpfen.

Die französischen Kommunisten in der Kammer.

Zur gleichen Zeit, als die kommunistische Reichstagsfraktion in Berlin gegen den Londoner Sklavenpakt demonstrierte und Genosse Raab den solidarischen Kampf der deutschen und französischen Kommunisten in den Vordergrund rückte, sprach in der Pariser Kammer der Gen. Cachin im selben Geiste. Er verurteilte mit aller Entschiedenheit den Dawesplan und zeigte, wie er statt Frieden und Freiheit Krieg und Sklaverei vorbereite. Er erzielte keine wirkungsvolle Rede mit der Erklärung: „Nur die Zusammenarbeit der europäischen Arbeiterklasse mit Sowjetrußland kann den Wiederaufbau bewirken! Nur die Revolution, die Diktatur des Proletariats kann die Welt retten!“

Die Unruhen in Neapel.

Anläßlich der Auffindung der Leiche Matteottis und seines Begräbnisses haben wiederum in ganz Italien gewaltige Demonstrationen gegen den Faschismus stattgefunden. Arbeiter, die faschistischen Verbänden angehören, verliehen die Belriebe, um Matteotti dessen Märtyrerdiskal zum Symbol des Kampfes gegen den Faschismus geworden ist, die letzte Ehre zu erweisen.

In Neapel ist es anläßlich der Demonstrationen zu Zusammenstößen zwischen den Massen und bewaffneten Faschisten gekommen, die zahlreiche Opfer gefordert haben.

Nach den letzten Nachrichten befindet sich Neapel vollkommen in den Händen der antifaschistischen Opposition.

Die Polizei war vollkommen machtlos. Der Polizeipräsident wandte sich an die Frontkämpfer, um Nachrichten zu erhalten. Dort wurde ihm geantwortet, daß der Demonstrationen zug durch die ganze Stadt ziehen werde.

Die Faschisten ziehen bewaffnete Kräfte zu einer Gegenoffensive zusammen.

Die Vorfälle in Neapel zeigen, daß in ganz Italien die breite Massenbewegung gegen das faschistische Regime erwacht. Die kommunistische Partei Italiens, die durch Verschmelzung mit den Anhängern der III. Internationale aus der Soz. Partei gefärbt wird und an Einfluß gewinnt, wird den Kampf mit dem Faschismus aufnehmen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion gegen das Verbot der „Schlesischen Arbeiterzeitung“

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht (Samann, Stöcker und Genossen): Der Oberpräsident von Schlesien hat am 22. August 1924 die „Schlesische Arbeiterzeitung“ auf die Dauer von 12 Tagen auf Grund des § 21 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 und des § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 mit folgender Begründung verboten:

„Durch den Inhalt des in Nr. 110 Jahrgang 6 dieser Zeitung abgedruckten Artikels: „Reichsbanner Schwarzrot-sch...“ ist der Tatbestand des § 8 Ziffer 2 des Verfassungsgesetzes und durch den Inhalt der in Nr. 113 des 6. Jahrgangs dieser Zeitung abgedruckten Artikel: „Die Sozialisierung als Kampfaufgabe des Tages“ und „Die Kommunisten beim Reichstangler“ ist der Tatbestand des § 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 bzw. der Tatbestand des § 8 Ziffer 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik gegeben. Ich erkläre eine Verstoßung der Reichsfarben in dem Satz: „Reichsbanner Schwarz-rot-sch...“; ferner eine Aufforderung zur gefehrwidrigen Veränderung der verfassungsmäßigen Staatsform in dem Satz, welcher beginnt: „Eine solche Herrschaft...“ und endigt: ... an ihre Stelle setzen.“

Endlich erkläre ich eine Verleumdung und Beschimpfung der Mitglieder der Reichsregierung in dem Satz, welcher beginnt: „Die kommunistische Partei hat...“ und endigt: ... zu mobilisieren.“ Gegen dieses Verbot ist binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung ab, die Beschwerde zulässig. Sollte von dem Beschwerderecht Gebrauch gemacht werden, so empfehle ich, zur Beschleunigung der Angelegenheit die Beschwerdebefrist in sechsfacher Ausfertigung einzureichen.

J. A. gez. Weßmann.

Bittet die Reichsregierung diese unerhörte Begründung ist die Regierung bereit, dieses völlig unbegründete Verbot sofort rückgängig zu machen?

Berlin, den 25. August 1924.

Protestversammlung der Gothaer Arbeiterklasse.

Am 26. August fand im Garten des Volkshauses eine Massenversammlung statt, die von 3000 Teilnehmern besucht war. Nach einem ausführlichen Referat über die politische Lage und die Vorgänge im Reichstag vom Reichstagsabgeordneten Schwarz wurde eine Resolution angenommen, die energvoll protestiert gegen den Londoner Pakt, die Befreiung des Reichstags fordert, sowie die Befreiung der politischen Gefangenen.

Fürsten schmelzen — Proleten verreden!

Der „Freistaat“ Mecklenburg bewilligte dem früheren Großherzog durch ein Schiedsgericht eine jährliche Abfindung von 389 340 Goldmark. Die Herzogin erhält 17 000 Goldmark und die Kinder je 22 000 Goldmark jährlich.

Meinert und Jwaßden verreden vor Sunger. Maßstablicher und Derwolen bekommen in der demokratischen Republik Millionen in den Hals geschmissen.

Im Artikel 151 der Reichsverfassung heißt es ja: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundher Gerechtigkeits mit dem Ziele der Gewährleistung menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen.“
Soch die „fä...“ Republik!

Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ wieder auf dem Kampfplan!

Zwölf Tage sollte nach dem frommen Wunsch des stellvertretenden Oberpräsidenten die „Schlesische Arbeiterzeitung“ wieder mal unterdrückt werden.

Es war das fünfte Verbot innerhalb fünf Monaten.

Damit allein begnügten sich die Herren im Oberpräsidium und Polizeipräsidium nicht. In getreuer Konsequenz des von der Reichsregierung seit London betriebenen verhärteten Feldzuges gegen die kommunistische Presse versuchten sie das Verbot der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ noch dazu zu bemühen, um die gesamte kommunistische Presse in Schlesien lähmen zu lassen und unseren Genossen in Oberschlesien jede Wahlagitation unmöglich zu machen.

Sie erklärten die in unserer Druckerei hergestellte „Oberschlesische Rote Fahne“, die in Oleśnica, Olz und Redaktion hat, kurzerhand für ein Kopfbild der „S. A. Z.“, das auf Grund der Ober-Verordnung mit verboten sei.

Ein schriftliches Verbot der „Oberschl. Roten Fahne“ lag nicht vor. Trotzdem aber beschlagnahmte der Polizeipräsident in Breslau das bereits fertiggestellte ober-schlesische Blatt und verbot der Oberpostdirektion den Versand desselben.

Gegen diesen unerhörten Willkürakt legten Verlag und Redaktion mündlich und schriftlich Protest ein. Unser Genosse Reichstagsabgeordneter Samann brachte sofort eine, an anderer Stelle wiedergegebene Interpellation im Reichstag ein und Genosse Landtagsabgeordneter Schmidt, wandte sich in seiner Eigenschaft als ober-schlesischer Wahlleiter sofort in Berlin an Sebering, der wohl oder übel das vollkommen unhaltbare Verbot aufheben mußte.

Wir brauchen nicht zu betonen, daß der durch seine dauernden Verfolgungen der KPD. bekannte sozialdemokratische Innenminister das Verbot nicht aufhob aus sogenannter Objektivität, oder etwa aus angeborenen demokratischen Neigungen.

Zwei Gründe waren es, die es Sebering ratlos erscheinen ließen, sofort eingzugreifen, ehe es die juristisch geradezu lächerliche, völlig unhaltbare Begründung des Verbotes, die nicht

einmal der Nachprüfung durch den Staatsgerichtshof standgehalten hätte, und

die Angst vor den ober-schlesischen Arbeitern.

Herr Sebering weiß sehr genau, daß die geeinte Bourgeoisie mit der Kassierung der ober-schlesischen Wahl ins Fettnäppchen getreten ist. Die Warteien, die wieder an die Wähler appellierten, werden die Geister, die sie riefen, nicht mehr los. Mit schlotternden Knieen sehen sie ebem 21. September entgegen, schlotternden Knieen sehen sie dem 21. September entgegen.

Und da der preußische Innenminister immerhin politisch nicht ganz so ahnungslos ist, als die Herren im Oberpräsidium und im Polizeipräsidium, wußte er die Folgen des Verbots für den Ausfall der Wahlen richtig einzuschätzen.

Lediglich aus diesen Gründen hob Herr Sebering dieses Verbot — für das schließlich auch der in Ferien weilende Sozialdemokrat Zimmer mitverantwortlich ist — auf.

Der stellvertretende Regierungsrat, der unseren Genossen von der Aufhebung des Verbotes Kenntnis gab, betonte selbst, daß nicht sachliche, sondern politische Gründe (die Angst vor den Wahlen), für die Aufhebung des Verbotes maßgebend waren.

Was folgt daraus?

Die „Schlesische Arbeiterzeitung“ wird solange verboten werden, bis die niederschlesische und mittelschlesische Arbeiterzeitung ein ebenso starker Machtfaktor sein wird wie das ober-schlesische Proletariat. Die ober-schlesischen Arbeiter und ihr Einfluß waren es, die den Herren im Oberpräsidium ihr Konzept verbarben und Sebering zum Einschreiten nötigten.

Darum Genossen, an die Arbeit! Sorgt dafür, daß die „Schlesische Arbeiterzeitung“ in den nächsten Wochen und Monaten ihre Auflage verdreifacht, sorgt dafür, daß die Entladung des Dammes für den 21. September in die letzte Dorf bringt.

Dann wird die „Schlesische Arbeiterzeitung“ trotz Polizei- und Oberpräsidium die Zeitung der schlesischen Arbeiter werden.

tragenden waren gut, und hoffen wir, daß einige Besucher welche die Not des Proletariats nur dem Namen nach kennen, neugierig sind, darüber nachzudenken. Wir hatten unter anderem Neuaufnahmen zum Bund der Freunde der S. A. Z. und eine Fellerammlung von 20 Mark für die Rote Hilfe als Erfolg zu verzeichnen. Wir bitten die umliegenden Ortschaften, eine rege Tätigkeit zu entfalten, damit es uns möglich ist, in unserm Kreise weiteren Proletariatskämpfern einen Erholungs-aufenthalt zu verschaffen. Im Namen des Ortskomitees allen an dem Hilfswerk Beteiligten vielen Dank.

Polizeibeamte prügeln Proletariatskinder!

Peterswalde, den 28. August.
Am Donnerstag, den 21. August, ereignete sich folgendes. Der Sohn der Kriegervitue Frau Sanger (Widow) spielte mit seinen Freunden Fußball. Dabei fiel der Ball in den Garten des Nachbarn hinein. Der Junge holte den Ball heraus. Das brachte den einen Mieter Fischer in den Verdacht, der Junge hätte ihm etwas gestohlen haben. Er lief sofort zum Polizeibeamten Schmidt, und dieser hatte nichts Silgeres zu tun, als den Jungen mit seiner Hundepetische durchzubügeln. Er schlug ihn vermaßen, daß der ganze Körper blutunterlaufenen Striemen zeigte. Auf das Geschrei kamen die Nachbarn heran und schimpften über Schmidt. Der Junge hatte nichts gestohlen, er hatte also unschuldig Strafe bekommen. Wir fragen: Steht dem Polizeibeamten das Züchtigungsrecht zu? Dieser Schmidt ist als Grobian bekannt, verschiedene Kinder hat er schon geschlagen. Diese Sache dürfte aber diesmal ein gerichtliches Nachspiel haben.

Wir fragen hiermit den Herrn Amtsvorsteher Gromann, was denkt er mit diesem Beamten in Zukunft zu tun?

Man spricht sehr viel in der Gemeinde von dem Herrn Nachwachtsbeamten Schmidt. Wir fordern Bestrafung dieses Beamten.

Landesjug. Jugendberziehung und Anstandsformen in den sogenannten besseren Kreisen. Nur zu oft wird bürgerlicherseits bei geringfügigen Verfehlungen über Arbeiterkinder der Stab gebrochen, werden harte Strafen oder Strafverurteilung als die allein angebrachten Mittel gegen Proletariatskinder empfohlen. Man vergißt dabei ganz, daß der größte Teil der Arbeiterkinder ohne die notwendige elterliche Beaufsichtigung aufwachsen muß. Warum? Nun, weil der Lohn des Vaters in keiner Weise ausreicht, die notwendigsten Ausgaben der Familie zu bestreiten. Das trifft nicht nur für die bei besonders niedrigem Tariflohn arbeitenden Textilarbeiter zu, sondern auch die Löhne der anderen Industrien und Berufe sind trotz der sogenannten Stabilisierung in keiner Weise ausreichend. Dazu kommt seit Monaten in der Textil-, Leder-, Metall- und Holzindustrie Kurzarbeit und für die Bauberufe die alljährliche völlige Erwerbslosigkeit in den Wintermonaten. Da muß sich die Mutter (und in Schlesien ist das zur Regel geworden) ihrem Erziehungsberuf entziehen, muß in der Fabrik bis zu einem Drittel niedrigeren Lohn oder als Heimarbeiter für ein Tagelohn fleißig mitarbeiten. Während die Frauen der bestehenden Klasse bis zu denen in auskömmlichen Beamtenstellungen sich zur Bewältigung ihrer Aufgaben als Hausfrau und Mutter noch Hilfskräfte leisten, muß die Frau des Arbeiters, des kleinen Beamten, bei ungenügender Bezahlung bis zu ihrem Tode als doppeltes Ausbeutungsobjekt fungieren. Wehe ihr, wenn unter solchen Umständen nicht alles in der Familie so ausfällt, wie es die „Moral“ der besseren Kreise verlangt. Horre Urteile werden da bei Kaffeeküchlein oder sonstigen Zusammenkünften über Proletariatskinder gefällt: über Unsauberkeit und Verwahrlosung der Jugend. Wie wirkt sich nun in den gebildet sein wollenden besseren Kreisen die Moral und Kinderberziehung aus? Davon vorläufig nur ein Beispiel. Der dreizehnjährige Sohn des Oberzolldirektors August Klemmer, Bahnhofstraße 25, wohnhaft, bekräftigt die am Abgang des Wagensherges niedergelassenen Familien mit Steinen. Nur einem glücklichen Zufall ist es zu danken, wenn der beinahe 1 Pfund schwere, scharfkantige Stein ein den Platz kurz vorher verlassenes Kind nicht traf, sondern nur ein Schmelzger zertrümmerte. Der Vater des Oberzollkürpels hält es trotz bald angebrachter Beschwerde nicht für notwendig, sich zu entschuldigen, den Herrn Sohn zu verwarnen und dem zeitweilig arbeitslosen Arbeiter den Schaden zu ersetzen. Das ist nur ein Beispiel der Erziehung in höherer Schule und Familie. Und diese, jeder Moral entbehrenden Kreise fallen dann entrüstet in ihrer Eigenschaft als Beamte und Erzieher über das Proletariat her, sie, die alle Ursache haben, sich um ihre Moral zu kümmern.

Weißstein. Am 11. d. Mts. fand hier eine Betriebszellenversammlung statt, welche von unseren Genossen besser unterstützt werden sollte. Es kamen darin wichtige Dinge zur Besprechung. Abends hielt in der „Krone“ unser Genosse Franz einen Vortrag über seine Erlebnisse und Eindrücke in Sowjetrußland während seines dortigen Aufenthalts. Der Besuch war ein guter. Jeder wird durch seinen fesselnden Vortrag einige gemessene Stunden verleben haben. Besonders treffend führte er aus, daß er in den Gefängnissen nur Schieber und konterrevolutionäre Pfaffen angetroffen habe. Wogegen man in Deutschland die Gefängnisse nur mit dem hungrigen Proletariat und mit Klassenkämpfern füllt.

Jeder Besucher wird die Ueberzeugung gewonnen haben, daß das russische System, die „Diktatur des Proletariats“ nur der einzige richtige Weg zur Befreiung des Proletariats ist.

Ende dieses Monats sollten vom Niederschl. Bergwerks. Lichtbildvorträge über „Befreiung von Unglücksfällen“ bei einem Eintritt von 30 Pfg. gegeben werden. Da sich aber anscheinend zu wenig Besucher bis jetzt gemeldet haben, so ist er bis auf weiteres verschoben worden! Ein Beweis dafür, daß die Grubenverwaltung derartige Aufklärungsdiensleistungen ihren Arbeitern gratis geben und nicht vom Hungerlohn der Kumpels noch 30 Pfg. abfordern sollte. Wir würden empfehlen, mit dem Arbeiterstern etwas nachzulassen und einen menschenwürdigen Anreiz zu schaffen. Dadurch würde bestimmt die Zahl der Unglücksfälle erheblich verringert werden.

Ein ungelobter Kolporteur.

In unserem Kolportageapparat haben sich in letzter Zeit leider unerfreuliche Mißstände mit Bezug auf die Abrechnung mit dem Verlag bemerkbar gemacht. Einer dieser Fälle betrifft den Kolporteur Karl Herbe aus Reife, der wegen seiner Verfehlungen bereits aus der Parteivorgangnis ausgeschlossen wurde. Auf Grund seines unbeschränkten Verhaltens gegenüber der mit der Unternehmung beauftragten Ortsgruppenleitung, ließ sich der Verlag veranlaßt, namentlich Strafanzug gegen ihn zu stellen.

Verlag und Expedition der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

Aus der Provinz

Achtung, Arbeitsgebiet Waldenburg!

Sonntag, den 31. August, vormittags 9 Uhr findet eine Gemeindevorstanderversammlung statt. Referent von der Zentrale anwesend. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, ist im „Eisernen Kreuz“ in Altkreuz Kreismitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht vom 5. Weltkongress. Referent Gen. Franz.
2. Politische Lage. Referent: ein Vertreter der Bezirksleitung.

Anschließend eine Sitzung der politischen und organisatorischen Ortsgruppenleiter, sowie der Zellenobleute. Zweck: Stellungnahme zum Bezirksparlament. Die Mitglieder der Kreisleitung treffen sich bereits um 2 Uhr im selben Lokal. Montag, den 1. September, nachmittags 5 Uhr, findet im „Eisernen Kreuz“ Altkreuz eine Konferenz aller kommunistischen Bergarbeiter statt. Ein Referent der Zentrale, Abteilung Gewerkschaft, ist anwesend. Die UBB und Kreisleitung.

Achtung!

Durch das Verbot der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ waren wir verhindert die eingehenden Berichte zu veröffentlichen.

Ein Teil der Berichte ist heute veraltet und kann nicht mehr veröffentlicht werden.

Wir bitten die Genossen um neue Zuschriften.

Die Abtweihe des Klosters Gräffau bei Liebau.

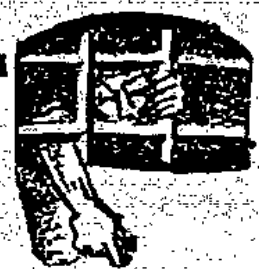
Das Kloster Gräffau welches längere Zeit ohne Mönche war, wurde von Benediktinern besetzt und am Sonntag wurde der dreißigjährige Sohn eines Großindustriellen zum Abt gewählt. Anwesend waren zu dem päpstlichen Klum-bim, der Fürst-Bischof, einige Prälaten, viele Landpfarrer, Mönche, alles Stellvertreter Gottes und Hirten, von den Schafen war eine zu Tausenden zählende Menge herbeigeströmt. Ich tippte auch zum Kloster, um eventuell auch einigen Segen zu ergattern. Ich kam gerade zur rechten Zeit. Aus der Klosterkirche bewegte sich der Zug. Zuerst Musik und Sängerrinnen, dann die Mönche, vorweg der neue Abt. Langsam ziehen die Gesichter der jungen Männer an mir vorbei. Ästereich, abgemagert, die Augen trübe, so ziehen sie vorbei, kein Wunder, die Natur läßt sich nicht hängen und drehen wie die Worte Christi.

Hinter diesem mittelalterlichen Mönchenaufzug ein nettes Bild; es nahen sämtliche anwesenden Landpfarrer. Hier kann man gesunde Menschen sehen, wenn auch ihre Gesichter nicht viel belagen, doch denkt man sich sofort: „So müßte das arbeitende Volk aussehen in Deutschland.“

Hinter diesem Bilde der strogenden Gesundheit, kommen einige Prälaten in seidengeschickten Gewändern, die wohlgeschliffenen, rötlichen Wurstfinger scheinendig betend zusammengefaßt, sehen sie eher aus wie Raffines.

Diese Priesterklique weiß nichts von der Not des Volkes, das beweisen die kerngesunden Gestalten der Pfarrer.

Doch durch ihre Litaneien halten sie das Volk danteder um nicht die Abrechnung heranzubehindern. Die Revolution wird auch in dieser Beziehung freiere Anschauungen mitbringen und ein Sowjetstaat der Arbeiter braucht nicht den verdammenhaften Einfluß der Kirche zur Erhaltung der Macht wie ihn die sozialdemokratische Republik braucht. Wie eng die herrschende Klasse der Bourgeoisie mit der Kirche Hand in Hand geht, zeigt uns die Liste der Ehrengäste: „Ein Vertreter des Königshauses Württemberg, einige Grafen und Freiherren, darunter Graf Zedlitz, Falkenhayn, usw., Landräte u.ä. Sämtliche wahren Diktatoren hatten sich eingefunden und bewiesen damit, welches Interesse sie am Aufbau der kirchlichen Institution haben. Neben mit ihnen.



Prolet!

Kennst Du die Häuser, winklig und schief,
In der Städte düsterer Enge,
Dort, wo die Straßen nur Schutzplätze sind,
Fern von dem Großstadtgedränge?
Wo Menschen rascher beginnen zu gehen,
Selbst Hunde nur winselnd an Häusern stehen,
Wo Blumen und Sträucher gehen ein —
Weil Mauern versperren den Sonnenschein!
Wo nie der Frühling zu Hause ist,
Der selbst den Friedhof der Toten begrüßt!
Dort, Prolet — sperrt man die ein,
Die für Dich kämpfen, jahraus, jahrein,
Die Deiner Kinder Hunger verstehen
Und das Saufen und Prassen der anderen sehn,
Die an der Ordnung des Staates geschüttelt,
Die die Müden wieder wachgerüttelt,
Die die Verbrecher wirklich Verbrecher nennen
Und den Ausnahmezustand nicht anerkennen,
Die selbst ihr Leben zurückgestellt,
Damit Du bekommst eine bessere Welt.
All diese, Prolet — sie leiden jetzt Not
Für Dich! hinter Mauern bei lebendigem Tod!
Bedenke, wenn ihr Platz Dein Wohnort sei,
Auch Dich quält der Hunger, doch noch bist Du frei!

Zeichne „Rote Hilfe“!

Die Bergarbeiter vor neueren Kämpfen.

Am 31. d. Mts. läuft das bisherige Lohnabkommen ab. Die Zehnenherren rüsten bereits seit Wochen, um nicht die Bergarbeiter zu zwingen, einen 20proz. Lohnabbau anzunehmen. Das bedeutet neue Kämpfe der Bergarbeiter, denn sie können und werden sich einen Abzug von ihren Hungerlöhnen zu einer Zeit, wo alle Lebensmittel steigen, nicht gefallen lassen. Um die Kumpels für den Lohnabbau müde zu machen, haben die Kapitalisten schon seit Monaten unter falscher Flagge: Kreditnot und Abnahmangel, Feiertagskassen eingeführt, Betriebsstilllegungen vorgenommen. Im Waldenburger Revier haben sie ferner die Arbeitspeleranen auf die Straße geworfen. Alles das erfolgt zu dem Zweck, um die entstehende Kampffront der Arbeiter nicht erstarken zu lassen. Während im Ruhrrevier die Zehnenbarone mit aller Schärfe versuchen, die Kämpfe möglichst bald auszutragen, halten die niederschlesischen und ober-schlesischen Grubenbarone noch zurück. Sie verfolgen dabei das Ziel, die niederschlesischen Bergarbeiter von dem diesseitig schon morgen ausbrechenden Kampfe der Ruhrbergarbeiter zu isolieren. Das darf nicht geschehen! Die Kämpfe der Ruhrbergarbeiter sind eure Kämpfe, nieder- und ober-schlesische Bergkumpels!

Die ober-schlesischen und Waldenburger Arbeiter begreifen das. Sie rüsten schon heute zum Kampf, um den Unternehmern zu zeigen, daß alle Arbeiter im Bergbau, ob in Rheinland, Westfalen, Mitteldeutschland, Niederschlesien oder Oberschlesien die gleichen Interessen und somit die gleichen Kämpfe anzufechten haben.

Die Künstlerhilfe für proletarische Kinder.

Waldenburg. Am vergangenen Sonntagabend und Sonntag fand hier eine Veranstaltung der Künstlerhilfe statt zum Besten der Kinder ausgeperrter Porzellanarbeiter in Niedersalzbrunn und Sandberg. Der Besuch war besonders am Sonntagabend sehr zahlreich. Der Schauspieler, Gen. A. Wiesner-Breslau, trug Gedichte und Rezitationen vor, die ihren Eindruck nicht verfehlten und den meisten Besuchern, welche alle Proletariatskinder waren, so recht aus dem Herzen gesprochen waren. Der ge-pendete Beifall bewies dies. Die Ausführungen des Por-

Gewerkschaft.

Für die Einheit der Gewerkschaften.

Resolution.

Die Gewerkschaftskongresse der R.D.S. am 17. 8. 1924 in Berlin stellt sich vorbehaltlos auf den Boden der Beschlüsse des 5. Weltkongresses der Kommunisten und des 3. Kongresses der R.D.S. Sie erwartet von der Parteizentrale wie von allen anderen leitenden Parteigliedern, daß diese alle Kräfte der Partei mobilisieren, um die Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Nur durch die ganz einheitliche Einstellung der ganzen Partei für die schnelle Erreichung des gestellten Zieles kann es gelingen, die große Massenbewegung für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung und deren Revolutionsierung auszulösen. Ohne die freieste Mobilisierung der Massen kann die Einheit der Gewerkschaftsbewegung nicht erreicht werden. Die Partei muß gegen alle diejenigen mit Gleichgültigkeit auftreten, die durch ihr Verhalten der Erreichung des gestellten Zieles hindernd im Wege stehen. Das muß insbesondere geltehen gegenüber solchen Parteigliedern, die durch Auslassungen in den Beschlüssen der Kongresse in ihr Gewicht verfahren und damit die Massen verwirren und durch Verbindung mit Nichtkommunisten den Beschlüssen unserer Kongresse feindselig gegenüberstehen. Die Partei muß die Durchführung erschweren oder gar zu verhindern suchen. Die Partei darf solchen Genossen gegenüber auch nicht zurückweichen, sofern alle Versuche, sie zur Durchführung der Beschlüsse zu veranlassen, gescheitert zu sein, mit organisierten Mitteln vorgehen.

(Diese von Berliner Delegierten beantragte Resolution wurde gegen weite Stimmen angenommen.)

Resolution.

Die Beschlüsse des 3. Weltkongresses der R.D.S. verpflichten die selbständigen Verbände in Verbindung mit der Gewerkschaftsopposition eine einheitliche Kampagne für die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit, für die Wiedervereinigung aller gewerkschaftlichen Arbeiter zu führen. Als eine weitere Pflicht erachten die selbständigen Organisationen die Unterstützung der Arbeit der kommunistischen Fraktionen in den freien Gewerkschaften. Auch die Arbeit unter den unorganisierten Arbeitern muß von diesem Grundsatz ausgehen.

Der demagogischen Umwertung durch die Umwerter und allen Feinden der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, als ob die Beschlüsse der R.D.S. die Unterstützung der selbständigen Organisationen und Umwerter ihres Programms bedeuten, treten die selbständigen Organisationen mit aller Schärfe entgegen.

Nicht Unterwerfung unter den Reformismus, sondern Schärfer Kampf um die Wiedervereinigung aller Arbeiter zur einheitlichen Wahrung aller Rechte ist das Ziel der R.D.S. In Verbindung mit der gesamten Gewerkschaftsopposition und gemäß den Beschlüssen des 3. Weltkongresses werden auch die selbständigen Organisationen ihre Arbeit unter den Unorganisierten führen.

- Industrie-Gruppe Bergbau, Union der Hand- und Kopfarbeiter.
- Industrie-Gruppe Metall, Union der Hand- und Kopfarbeiter.
- Freier Eisenbahnerverband.
- Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter.
- Industrieverband der Chemischen Arbeiter.
- Deutscher Schiffsahrtsbund.
- Verband der Land- und Waldarbeiter.
- Verband der Buchbinder und verwandten Berufe der papierverarbeitenden Industrie, Opposition.

(Diese Resolution, von den Vertretern der selbständigen Verbände auf der Konferenz einstimmig beschlossen, wurde von der Konferenz gegen einige Stimmen bestätigt.)

Die Breslauer Funktionäre für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

Nach einem eingehenden Referat eines Genossen, wurde folgender Antrag gegen wenige Stimmen angenommen:

Die am 19. August versammelten Funktionäre der Ortsgruppe Breslau erklären die Beschlüsse des 5. Kongresses der Kommunisten zur Gewerkschaftsbewegung für die Durchführung sich bis am Sonntag in Berlin tagende Gewerkschaftskonferenz einstimmig eingeleitet hat.

Die Funktionäre sehen in dem Beschluß nicht eine Umdenkung, sondern die konsequente Fortführung der bisherigen Taktik der Kommunisten. Auf Grund der Beschlüsse verpflichtet die Funktionärerversammlung alle Mitglieder mit aller Kraft an die Durchführung dieser Beschlüsse heranzugehen.

„Da der gegenwärtige Kongreß unter dem Zeichen der Wiedervereinigung der kommunistischen Parteien steht, so stellen wir fest, daß als Grundlage der Fortentwicklung der Partei die Parteizentrale in der Fabrik, in den Werken usw. zu betrachten ist, daher legen wir in Paragraf 5: die Grundlage der Parteizentralen ihr Fundament ist die Betriebszelle, der alle auf dieser Stelle arbeitenden Parteimitglieder angehören müssen.“ (Aus der Rede des Genossen Piatnycki auf dem 5. Weltkongreß.)

Ein Zentrumsparadies!

Der Zentrumsführer August Thissen, derselbe Schwerindustrielle, welcher den hungernden und arbeitslosen Oberklasse-Arbeitern und Sparsamkeit als Rettungsmittel empfiehlt, befißt in Hamburg große Werte.

Er erläßt mit Hilfe der Behörden an auswärtige Erwerbslose wunderbare Schreiben, in denen er sie folgendermaßen anläßt:

„Für gute Verpflegung und Unterkunft ist bestens gesorgt. Dem Arbeiter verbleiben pro Woche noch 20 Mk., die er seiner Familie schicken kann.“

Ein lediger Arbeiter, der darauf reinfiel, erlebte folgendes: Er verdiente im Schichtlohn bei 20 Schichten 100,69 Mk. Davon gingen ab für Steuern, Kranken-, Invalidenkasse usw. 28,02 Mk. Für Essen wurden ihm abgezogen 46,80 Mk. An Mietschuld hatte er erhalten 25 Mk., das macht zusammen 99,82 Mk. Er erhält also ausgezahlt am Ende des Monats — 89 Mk. Wie er von diesen Beträgen wöchentlich 20 Mk. seiner Familie schicken soll, das muß der Schwindler ausrechnen, der das Schreiben verfaßt hat.

Ebenso liegen die Dinge für Arbeiter, welche im Gedinge arbeiten. Ihnen verbleibt bei 24 Schichten nach Abzug einer Schuld aus der letzten Ausperrung vom Mai noch ein Rest von 40 Fig.

Arbeitslose Kameraden, welche bei dem Zentrumsführer Thissen die Arbeit angefangen haben und infolge der miserablen Löhne wieder aufhörten, waren nicht imstande, nach Hause zu fahren, sondern mußten zu Fuß gehen. Die Familien dieser auf den Schwindler hereingefallenen Arbeiter aber haben von Unterstützung nichts gesehen.

Wie sagte doch Herr Thissen: größte Sparsamkeit, und größte Einfachheit im Kleinen wie im Großen wird die hungernde Arbeiterschaft retten.

Genosse,

hast du schon in deinem Betrieb Mitglieder für die „Rote Hilfe“ gewonnen?
7000 politische Gefangene erwarten das von dir!

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Weichnich, Breslau; Berater: Arthur Müller, Breslau; Verlag: Proletkultgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Neumann-Verlag, Filiale Breslau.

Theater
Sonnabend, den 23. 8. 1924

- Saboththeater 8 Uhr
- Operntheater 8 Uhr
- Thalia-Theater 8 Uhr
- Schauspielhaus 8 Uhr
- Städtisches Theater 8 Uhr
- Die Frau ohne Angst

Ämtliche Bekanntmachungen von Nieder-Hermsdorf.

In letzter Zeit haben sich die Fälle nützlicher Anhebungen in der hiesigen Gemeinde ungewöhnlich vermehrt. Die Volkswirtschaftlichen sind deshalb dringend anzuweisen worden, alle Anhebungen unanständig zu Anzeigen zu bringen und es werden in Zukunft für nützliche Anhebungen noch empfindlichere Strafen festgesetzt werden.

Nieder-Hermsdorf, 19. Aug. 1924.
Der Amtsvorsteher.

Sänglings-Fürsorgestelle.

Die hiesige Sänglings-Fürsorgestelle bleibt wegen Beurlaubung der Schwester vom 20. August bis 18. September 1924 geschlossen.

Nieder-Hermsdorf, 19. Aug. 1924.
bei Waldenburg i. Sgl.
Der Gemeindevorstand.
(Wohlfühlamt.)

Schauspielhaus
Operntheater
Tel. Nr. 2545.
Heute

und täglich 8 Uhr
Gemeinschafts-
des Wiener Komischen
Theaters

„Wien gibt sich!“
Große Aufführung!
Revue in 11 Bildern.

Beachtet unsere
Insereuten!

Ämtl. Bekanntmachung von Dittersbach.

Wegen Aufgrabungsarbeiten wird die Neuhauser Allee vom katholischen Pfarrhof bis zur Eisenbahnüberführung für jeglichen Fahrzeugverkehr in der Zeit vom 1. September bis einschl. 4. September 1924 gesperrt.

Dittersbach, den 27. August 1924.
Der Amtsvorsteher-Stellvertreter.
E. Herrmann.

Ämtl. Bekanntmachung von Weißstein.

Wegen Aufnahme von Pflasterarbeiten bleibt die Gemeindestraße Weippen-Juliusbüsch-Waldenburg in der Ausdehnung Gerichtsberg bis zum Juliusbüsch von Mittwoch, den 27. August bis Mittwoch, den 15. Oktober 1924 für den Fahrzeugverkehr gesperrt. Verkehr hat sich in dieser Zeit von und nach dem Juliusbüsch und Waldenburg über Stallbergstraße, Oberdorf Weippen oder über Nieder-Hermsdorf zu bewegen.

Weißstein, den 25. August 1924.
Der Amts- und Gemeindevorsteher.
R. Herrnia.

Vom 29. August bis 6. September

Billige Serienwoche

Serie I 2.90 M. Serie II 4.90 M. Serie III 7.90 M.

Tuch Lager Korte

Herrenstraße 7 Vorwerkstraße 43
Poststr. 3 Tauentzienstr. 2 Mathiasstr. 62

Waldenburg-Altwasser

Bahnhofs-Drogerie
H. HELLMANN
Altwasser

Drogen, Farben, Chemikalien
Seifen und Parfümerien

Papierhaus
FRITZ GRUHN
Sandstraße 3

Paul Hiltman
Waldenburg-Altwasser
Charlottenbrunner Straße Nr. 164

empfiehlt seine
Polster- u. Lederwaren
Eigene Werkstatt

Konfektionshaus
Max Silbermann
Herren- und Knaben-
Bekleidung

Photographie
Kurt Mai
Rathausplatz 10

Anfertigung von erstklassigen
Aufnahmen u. Vergrößerungen

P. Heintz
Sindermann
Altwasser
Charlottenbrunner
Straße Nr. 24

Weiß-, Wall- u.
Schiffwaren

Waldenburger Waffen- und Fahrradhaus
Maschinen-Reparatur-Werkstatt

Kolbe & Guder
Ober-Altwasser
Charlottenbrunner Straße Nr. 152
Telephon 741

Karl Otto
Altwasser
Charlottenbrunner
Straße 53

Arbeitsschuhe
Ledersohlen
und Schnell-
besohlantast

D. KORN
Waldenburg, Friedländer Straße 10

Herren-Konfektion
Alleinverkauf der Firma
Louis Mosberg, Bielefeld

Kolonialwaren
Zigarren und Zigaretten
empfiehlt

Georg Sindermann
Altwasser, Breslauer Straße 58

Kaufhaus
Max Holzer
Waldenburg
Friedländer Straße 10

Reserviert

Paul Brauner, Warenhandlung
Waldenburg-Altwasser
Breslauer Straße Nr. 60

Jeder Raucher probiere meine Rauchwaren
Jede Hausfrau versuche bei mir Wolle, Zwirn,
Garn, Seifen und andere Hausgebrauchsartikel